

Die Rolle der montenegrinischen Zivilgesellschaft bei der Formulierung der montenegrinischen Außen- und Europapolitik anhand der Beispiele des NATO-Beitritts und des EU-Beitrittsverfahrens

Verfasserin: Edina PALEVIQ

Betreuerin: Dr. Christina GRIESSLER

Die vorliegende Arbeit bezieht sich auf den kleinsten post-jugoslawischen Staat Montenegro, der seit 2006 unabhängig ist. Schon seit der Unabhängigkeit strebt die montenegrinische Regierung den Beitritt zur Europäischen Union und der NATO an. Diese beiden Ziele fungieren weitgehend als Anker für politische Reformen. Schon im Oktober 2007 folgte die Unterzeichnung des Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommens und nach der positiven Bewertung der Europäischen Kommission, Ende 2010, bekam Montenegro den Status des Beitrittskandidaten. Zwei Jahre später wurden konkrete Beitrittsverhandlungen aufgenommen. Der Eintritt in die Europäische Union bedeutete Fortschritte in sechs institutionellen und rechtlichen Bereichen als Voraussetzung für die Eröffnung von Beitrittsverhandlungen: der Wahlprozess, gerichtliche Unabhängigkeit, grundlegende Menschenrechte, die Bekämpfung der Korruption und die organisierte Kriminalität, Zusammenarbeit mit dem zivilen Sektor und Stärkung der Unabhängigkeit der Medien. Bis Dezember 2016, wurden von den insgesamt 35 Verhandlungskapiteln, 24 geöffnet. Angesichts eines erfolgreichen Abschlusses der Verhandlungen bis 2019 und Sicherstellung der Ratifizierung des künftigen Mitgliedsabkommens könnte Montenegro im Jahr 2021 Mitglied der Europäischen Union werden.

Gleichzeitig mit dem Prozess der Europäischen Integration strebt Montenegro die NATO-Mitgliedschaft ab, zuerst mit dem Programm Partnership for Peace und dann durch die Mitgliedschaft Action Plan. Ende 2015 beschloss die NATO, Montenegro einzuladen, sich die Allianz anzuschließen, mit einer vollständigen Mitgliedschaft im Jahr 2017.

Die erfolgreiche Heranführung Montenegros an die Europäische Union hätte Signalwirkung für den Westbalkan und könnte einen positiven Kontrapunkt zur gegenwärtigen Krise der Europäischen Union darstellen.

Die Europäische Integration ist nicht nur Priorität der montenegrinischen Regierung,

sondern es ist auch Konsens zwischen allen politischen Parteien im Parlament. Alle sehen die Notwendigkeit für einen Beitritt und unterstützen maßgeblich die Integration. Es gibt auch gar keine außerparlamentarischen Akteure in Montenegro, die euroskeptische Meinungen äußern oder den Fortschritt des Landes in Richtung EU-Mitgliedschaft behindern wollen. Seit der Unabhängigkeit haben alle politischen Parteien in ihren Programmen die EU-Mitgliedschaft als strategisches Ziel eingeführt. Der NATO-Beitritt dagegen, scheint die Bevölkerung Montenegros in pro und kontra zu spalten. Die Regierungskoalition strebt überwiegend nach der NATO-Mitgliedschaft, während die Opposition und ihre Anhänger eindeutig dagegen sind. Diese Spaltung geht auf dem Kosovokrieg bzw. die NATO-Militärintervention im Jahr 1999 zurück. Die NATO hat damals die souveräne Bundesrepublik Jugoslawien zum Schutz kosovarischer Bevölkerungsteile, militärisch, ohne rechtfertigendes Mandat des UN-Sicherheitsrates, angegriffen. Es handelte sich um eine humanitäre Intervention, die formell als völkerrechtswidrig zu beurteilen ist. Von diesem Luftangriff, der gegen Serbien 78 Tage dauerte, war auch Montenegro betroffen. Montenegro hat keine montenegrinische Mehrheit, sondern es setzt sich aus MontenegrinerInnen und ethnischen SerbInnen in gleicher Anzahl zusammen. Andere Bevölkerungsgruppen sind in der Minderheit, was eine sehr starke Opposition befördert, die gegen den NATO-Beitritt ist.

Mit Blick auf die bisherigen Erweiterungsrounden der Europäischen Union lässt sich feststellen, dass die Staaten, die der Europäischen Union beitreten oder beitreten wollen, zuerst NATO-Mitglieder werden oder wenigstens dem Einfluss der NATO unterliegen sollen. Diese Strategie ist durchaus sinnvoll. Vor einem Beitritt muss die sicherheitspolitische und militärische Situation geklärt werden, damit kein interner Konflikt entsteht.

Dieser Hintergrund führte zum ausgewählten Thema bzw. zu den beiden Gründen dieser Untersuchung. Erstens scheint der Beitrittsprozess auf Eliteebene statt zu finden und zweitens wird auch in der Literatur zum EU- und NATO-Beitrittsprozess die zivilgesellschaftliche Dimension vernachlässigt. Das Ziel der Arbeit ist es die Einflussmöglichkeiten der montenegrinischen Zivilgesellschaft bei der Formulierung der Politik hinsichtlich des EU- und NATO-Beitritts zu untersuchen.

Mit dem Begriff Zivilgesellschaft sind in der vorliegenden Arbeit Vereine, Stiftungen, Initiativen, Nichtregierungsorganisationen, Nonprofit-Organisationen, soziale Bewegungen, Netzwerke, Assoziationen gemeint bzw. die Interessensgruppen, die Einfluss auf die Politik ausüben, ohne nach politischen Ämtern zu streben.